

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

121 (24.5.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4./53. Jahrgang

Samstag, den 24. Mai 1952

Nr. 120

Deutschlandvertrag: „Grundlage für einen dauerhaften Frieden“

Gleichberechtigt in der europäischen Gemeinschaft - Friedliche Wiedervereinigung Deutschlands - Der Inhalt der Verträge

Bonn (UP). Die Außenminister der drei Westmächte und der Bundeskanzler werden am Montag den Deutschlandvertrag, seine vier Zusatzabkommen und das Berlin-Protokoll unterzeichnen und damit den Weg für die Ablösung des Besatzungsstatus freimachen, das die Beziehungen zwischen den Alliierten und der Bundesrepublik bisher regelte.

Kern des Vertragssystems ist der sogenannte Generalvertrag, der in einer Präambel und elf Artikeln die Grundzüge der gesamten Ablösungsverträge niederlegt und auf den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft Bezug nimmt, der anschließend unterzeichnet werden soll. Zum Generalvertrag gehören als Zusatzabkommen der sogenannte Überleitungsvertrag, der Truppenvertrag, der Finanzvertrag, der Schiedsvertrag sowie ein Protokoll über Berlin.

Frei vereinbarter Friedensvertrag

In der Präambel werden die wichtigsten Grundsätze aufgeführt. Es heißt da unter anderem: der Generalvertrag bilde einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung des gemeinsamen Zieles der drei Mächte und der Bundesregierung, die Bundesrepublik auf der Grundlage der Gleichberechtigung in eine europäische Gemeinschaft einzugliedern, die ihrerseits in die sich entwickelnde Atlantische Gemeinschaft eingefügt ist.

Die vier Signatarstaaten erklären ferner ihre Übereinstimmung darin, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik die Schaffung eines völlig freien und vereinigten Deutschlands auf friedlichem Wege und eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden schaffen soll.

Die Vorbehaltsrechte der Alliierten

Die Beibehaltung des Besatzungsstatus und der sich daraus ergebenden Befugnisse zum Eingreifen in die inneren Angelegenheiten seien unvereinbar mit den Zielen des Vertrags. Die drei Mächte würden daher nur solche Rechte beibehalten, deren Aufrechterhaltung im Hinblick auf die Besonderheiten der internationalen Lage im gemeinsamen Interesse aller vier Signatarstaaten erforderlich ist.

Im ersten Artikel des Generalvertrags wird im einzelnen festgelegt, daß die Bundesrepublik „volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Vertrages erhält. Mit dem Inkrafttreten des Vertragswerkes werden die drei Mächte das Besatzungsstatut mit seinen Eingriffsbefugnissen in die eigenen Angelegenheiten der Bundesrepublik aufheben sowie die alliierte Hochkommission und die Dienststellen der Landeskommissare auflösen.

Die drei Westmächte werden nur solche besonderen Rechte beibehalten, die im Hinblick auf die Besonderheiten der internationalen Lage Deutschlands und im gemeinsamen Interesse der vier Vertragsschließenden gegenwärtig nicht aufgegeben werden können. Diese Rechte beziehen sich auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und den Schutz ihrer Sicherheit, auf Berlin sowie die Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.

Deutschland in der Verteidigungsgemeinschaft

Der Artikel 2 legt fest, daß die Bundesrepublik ihre Politik in Einklang mit den Prinzipien der Vereinten Nationen und den im Statut des Europa-Rates aufgestellten Zielen halten wird. Die Bundesrepublik bekräftigt ihre Absicht, sich „durch Mitgliedschaft in den internationalen Organisationen mit der Gemeinschaft der freien Welt“ zu verbinden. Die drei Mächte wollen demgegenüber zu gegebener Zeit Anträge der Bundesrepublik auf Mitgliedschaft in solchen Organisationen unterstützen.

Die in Deutschland stationierten Truppen der drei Westmächte werden die Aufgabe haben — heißt es in einem anderen Artikel —, die freie Welt zu verteidigen, der die Bundesrepublik und Berlin angehören. Ihre Stellung soll in einem ergänzenden Abkommen geregelt werden. Die Stationierung der Streitkräfte erfolge nach Absprache mit der Bundesrepublik, soweit es die militärische Lage erlaubt. Die Bundesrepublik werde nach Maßgabe des Vertrages mitwirken, um diesen Streitkräften die Durchführung ihrer Aufgaben zu erleichtern.

Die Bundesrepublik verspricht an anderer Stelle, sich an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu beteiligen, um zur gemeinsamen Verteidigung beizutragen.

Notstandsklausel und Wiedervereinigung

In der sogenannten Notstandsklausel wird bestimmt, daß die drei Mächte einen Notstand erklären können, wenn weder die Bundesrepublik noch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in der Lage sind, der Situation Herr zu werden. Die drei Mächte können diejenigen Maßnahmen treffen, die erforderlich sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten oder wiederherzustellen und die Sicherheit der Truppen zu gewährleisten.

Der Notstand „darf nicht länger aufrechterhalten werden, als zur Behebung der Notlage erforderlich ist“. Wenn er länger als

dreißig Tage in Kraft ist, kann die Bundesrepublik die Organisation des Nordatlantikpakts (NATO) ersuchen, die Lage zu überprüfen. Kommt die NATO zu dem Ergebnis, daß der Notstand nicht gerechtfertigt ist, muß der normale Zustand so schnell wie möglich wiederhergestellt werden.

Die Bundesrepublik und die drei Mächte sind sich darüber einig — so wird dann aus der Präambel wiederholt —, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist. Sie stimmen ferner darin überein, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands einer solchen Regelung überlassen bleiben muß.

Die Bundesrepublik und die drei Mächte regeln auch die Rechte und Pflichten, die sich für ein wiedervereinigtes Deutschland nach diesem Vertrag ergeben.

Revision „im gegenseitigen Einvernehmen“
Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Auslegung des Generalvertrags oder der er-

Liquidierung des Besatzungsregimes

Überleitungsvertrag beschränkt deutsche Souveränität - Die einzelnen Zusatzabkommen

Bonn (UP). Der deutsch-alliierte Überleitungsvertrag regelt in über siebzig Einzelartikeln und elf Einzelteilen die Liquidation des Besatzungsregimes. Er bildet das umfangreichste Abkommen, das im Zusammenhang mit dem Deutschlandvertrag abgeschlossen wird.

Der Überleitungsvertrag legt fest, welche Rechte und Pflichten die Bundesrepublik übernimmt, wenn das gesamte Vertragswerk in Kraft tritt. Gleichzeitig zeigt er aber auch, welche Rechte und Einflußmöglichkeiten sich die drei Westmächte für die nähere Zukunft vorbehalten haben.

Der Überleitungsvertrag geht in seinen vorläufig 75 Artikeln von dem Grundsatz aus, daß alle Rechte und Verpflichtungen, die auf Maßnahmen der bisherigen Besatzungsbehörden zurückgehen, unter deutschem Recht ihre Gültigkeit behalten. Dazu gehören auch Verträge und internationale Abkommen. Soweit der Deutschlandvertrag vorsieht, Besatzungsgesetze durch Bundesgesetze abzulösen, ist die Zustimmung der drei Westmächte dazu erforderlich. Unter dieser Voraussetzung kann die Bundesregierung auch Bestimmungen des alliierten Kontrollrats aufheben.

Die alliierten Besatzungsgerichte entfallen. Allerdings dürfen die ihre Funktion übernehmenden deutschen Gerichte nur solche Straftaten behandeln, die nach dem Inkrafttreten des Vertragswerkes begangen wurden.

Dekartellierung und Restitution

Die alliierten Bestimmungen über Dekartellierung und Restitution werden durch deutsche Regelungen ersetzt, die im wesentlichen jedoch im Inhalt mit den alliierten Bestimmungen übereinstimmen müssen. Die alliierten Gesetze Nr. 27 und 35 (Entflechtung der Kohle- und Stahlindustrie und der IG Farben) bleiben bis zu ihrer Ausführung in Kraft.

Die Bundesrepublik übernimmt ferner die Verpflichtung, die innere Restitution mit allen verfügbaren Mitteln „voll und rasch“ durchzuführen. Bis zur Befriedigung aller Ansprüche bleiben die alliierten Restitutionsgesetze in Kraft. Auch den Opfern des Nationalsozialismus muß die Bundesregierung „ausreichende Entschädigung“ gewähren. Maßstab dafür ist die bisherige Regelung in der US-Zone. Die drei Mächte haben das Recht, diese deutsche Wiedergutmachung zu überwachen. Die Bundesrepublik muß auf Verlangen fremden Eigentum an andere Länder zurückrestituten, das während der deutschen Besetzung dieser Länder nach Deutschland gebracht worden ist. Dabei sind die Restitutionsforderungen von Einzelpersonen begrenzt und müssen vor Ende 1953 geltend gemacht werden.

Die endgültige Regelung der Reparationsfrage bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten. Bis dahin dürfen keine neuen Reparationen gefordert werden. Die Bundesrepublik darf aber keine Einwände gegen Maßnahmen erheben, die im Rahmen der Reparationen gegen deutsches Auslandsvermögen unternommen wurden oder werden. Dagegen darf sie den Wert deutscher Patente und Warenzeichen aufrechnen, jedoch keine Forderungen an das Ausland wegen Maßnahmen und Handlungen erheben, die ausländische Staaten während des Krieges gegen Deutschland unternahmen. Angehörigen der UN muß die Möglichkeit gegeben werden, ihr Eigentum in Deutschland zurückzuerhalten. Wenn 95 Prozent eines ausländischen Vermögens in ausländischer Hand sind, wird das Vermögen vom Lastenausgleich befreit.

Die Bundesrepublik verpflichtet sich, für die „Displaced Persons“ und Flüchtlinge zu sorgen und über den Stand der Dinge laufend zu berichten.

Schließlich erhält die Bundesrepublik die volle Luftfreiheit zurück, erklärt sich aber an das Chicagoer Abkommen über internationale

gänzenden Einzelverträge ergeben, werden, abgesehen von gewissen Vorbehaltsrechten, durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden, wenn sie von den Parteien nicht durch Verhandlungen beigelegt werden können.

Am Schluß des Vertrags findet sich die umstrittene Revisionsklausel, wonach die Bundesrepublik und die drei Mächte die Bestimmungen des Vertrags in besonders aufgeführten Fällen überprüfen werden. Hierfür werden sie in gegenseitigem Einvernehmen den Vertrag und die Zusatzverträge in dem Umfang ändern, der nach der Lage erforderlich oder ratsam geworden ist.

In den Schlußbestimmungen heißt es schließlich, daß die Verträge von den Signatarstaaten in Übereinstimmung mit den verfassungsmäßigen Verfahren ratifiziert werden sollen. Die Ratifikationsurkunden werden hinterlegt. Der Vertrag und die Zusatzverträge treten unmittelbar in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden hinterlegt sind und der Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Kraft getreten ist.

Zivilluftfahrt vom Jahre 1944 gebunden. Der Luftverkehr nach Berlin bleibt in der Hand der drei Mächte.

Die Regelung künftiger Requisitionen

Gemäß den Bestimmungen des Truppenvertrages sollen die deutschen Dienstgruppen bei alliierten Militäreinheiten zwei Jahre nach Inkrafttreten des Deutschlandvertrages und seiner Zusatzabkommen aufgelöst werden. Die Alliierten verpflichten sich ferner, die Dienstgruppen nicht außerhalb Deutschlands zu verwenden und sie nicht zum Waffendienst heranzuziehen.

Auch die Bestimmungen über die Requisitionen sind neu gefaßt worden. Es werden regionale deutsche Behörden eingerichtet, denen eine Bundesbehörde für Requisitionsangelegenheiten übergeordnet ist. Ein neues Bundesleistungsgesetz wird die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen schaffen. Die Alliierten melden ihre Forderungen bei den deutschen Behörden an, die in eigener Zuständigkeit darüber entscheiden. Eine deutsch-alliierte Koordinierungskommission soll bei Meinungsverschiedenheiten gehört werden. Sie hat aber keine Exekutive.

Vergehen von Deutschen gegenüber den Verteidigungsstreitkräften sollen künftig vor deutschen Gerichten verhandelt werden. Zivilklagen der Angehörigen der alliierten Streitkräfte (Mietstreitigkeiten, Alimente, Kraftfahrzeugunfälle usw.) unterstehen der deutschen Gerichtsbarkeit.

Die Steuer- und Abgabepflicht der Angehörigen der Verteidigungsstreitkräfte richtet sich nach deutschen Bestimmungen. Die Alliierten sollen ferner der üblichen deutschen Zollkontrolle unterliegen. Sie sichern sich bei einem Verstoß gegen die Zollbestimmungen jedoch selbst das Recht der Strafverfolgung zu.

„Informationen“ für die Westmächte strafrei

Hausuchungen in deutschen Wohnungen oder Gebäuden dürfen durch alliierte Polizei nicht mehr vorgenommen werden. Von den Alliierten benutzte Wohnräume und Gebäude können nur mit Zustimmung des zuständigen Staates durchsucht werden. Die Alliierten dürfen die Immunität eines deutschen Parlamentsabgeordneten nicht antasten.

Kein deutsches Gericht hat das Recht, eine Person zur Preisgabe von Informationen zu zwingen, welche die Sicherheit der zuständigen Macht beeinträchtigen könnte. Vor einem deutschen Gericht ist als Verteidigung in Strafsachen die Erklärung zulässig, daß die Handlung oder Unterlassung in Ausübung amtlicher Pflichten für die Streitkräfte erfolgte. „Niemand darf strafrechtlich verfolgt oder in seinen Bürgerrechten oder seiner wirtschaftlichen Stellung durch ein deutsches Gericht oder deutsche Behörden beeinträchtigt werden, nur weil er in Handlungen oder Unterlassungen mit den Westmächten sympathisierte oder weil er den Streitkräften, Behörden oder Einrichtungen der drei Mächte Dienste oder Informationen zukommen ließ“.

Sonderstatus für Berlin

Der Status Westberlins und die Verantwortung der Alliierten für Berlin nach dem Inkrafttreten der Verträge wird in einem besonderen Berlin-Protokoll geregelt. Die Bundesrepublik wird es den Westmächten erleichtern, ihrer Verantwortlichkeit gegenüber Berlin zu genügen. Westdeutschland verpflichtet sich ferner zur Fortführung seiner finanziellen Hilfe für Berlin.

Im vierten Zusatzabkommen wird die Bildung eines Schiedsgerichtes vereinbart, das sich aus je drei deutschen, alliierten und neutralen Mitgliedern zusammensetzen soll. Es wird in Zweifelsfällen bei der Auslegung der Verträge tätig.

Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Der 23. Mai scheint zu einem Schicksalstag in der deutschen Geschichte geworden zu sein. Denn es war am 23. Mai 1945, als das Oberkommando der Alliierten die Nachricht in die Welt funkte, die letzte deutsche Reichsregierung des Großadmirals Dönitz sei verhaftet worden. Genau drei Jahre nach diesem Tage, der die Episode des Dritten Reiches beendete, verkündeten die Hochkommissare ihren Beschluß, in ihren Zonen eine Währungsreform durchzuführen. Und nochmals war es ein 23. Mai, als 1950 die Regierungen Englands und der USA der Bundesregierung gestattet, mit Frankreich in direkte Verhandlungen einzutreten, um den Plan des Außenministers Schuman zu realisieren, der die Bildung einer westeuropäischen Kohle- und Stahlunion vorgeschlagen hatte.

Diese drei Daten beleuchten wie grelle Schlaglichter den dornenvollen, aber aufwärtsstrebenden Weg, den die Bundesrepublik in den vergangenen sieben Jahren zurückgelegt hat. Und gerade deswegen erscheint es von symbolhafter Bedeutung, daß jetzt zum vierten Male ein 23. Mai in die Annalen unserer Geschichte eingetragen wurde. Am selben Montags- und am selben Sonntag, der die letzten deutschen Reichskanzler gefesselt in die Gefangenschaft führte, durfte der erste Bundeskanzler der neuen Republik die Außenminister Frankreichs, Englands und der USA auf dem Boden des besiegten Landes begrüßen.

Wir wissen zwar nicht, welche Gefühle Dr. Adenauer in dieser Stunde bewegten, aber man müßte den Kanzler schlecht kennen, wenn man nicht Stolz und Genugtuung in seinem Herzen vermutete. Oppositionsführer Dr. Schumacher beschwiegte zwar Dr. Adenauer, seinen Ministern und etlichen 300 Abgeordneten des Bundestages, daß sie das Recht verweigerten, sich nach ihrer Zustimmung zum Generalvertrag noch Deutsche zu nennen. Der Kanzler quittierte diese Auslassung aber nur mit der Bemerkung, er fände es bedauerlich, daß Schumacher sich in Argumentation und Tonart den Formulierungen der Genossen Grotewohl und Ulbricht anpasse.

Auch ein letzter Versuch der SPD, in einer Sondersitzung des Bundestages eine Diskussion des Deutschland-Vertrages und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vor ihrer Unterzeichnung zu erzwingen, scheiterte. Das Programm der vier Außenminister nimmt also den vorgesehenen Verlauf: Nach Erledigung der noch offenen Fragen über den künftigen Status der französischen und belgischen Truppen in Deutschland, den Termin des Inkrafttretens des Vertragswerkes und seine offizielle Bezeichnung werden Adenauer, Acheson, Eden und Schuman im Bundesratsaal in Bonn die fünf Dokumente unterzeichnen, die das künftige Verhältnis der Bundesrepublik zu den Westmächten — vorbehaltlich der Ratifizierung der Verträge — regeln.

Natürlich läßt sich nicht bestreiten, daß diese Verträge manche Punkte enthalten, die nur schlecht zum Tenor der Präambel passen, in welcher der Bundesrepublik Freiheit und Gleichberechtigung versprochen wurden. Die verschleierte Fortsetzung der Reparationen durch entschuldigungslose Wegnahme der deutschen Vermögen im Ausland, der Vorbehalt einer Notstandsklausel mit bedenklich vager Fassung, die Beschränkung der Revisionsmöglichkeiten und dergleichen sind Bestimmungen, die unsere Zukunft mit fühlbaren Hypotheken belasten. Andererseits kommt man bei solchen Bedenken aber auch nicht um die Frage herum, ob es überhaupt möglich gewesen wäre, den Alliierten noch größere Zugeständnisse zu entziehen. Da nur unrealistische Doktrinen diese Frage bejahen könnten, bleibt letzten Endes lediglich die Feststellung: Die Handhabung der Verträge und ihre praktische Auslegung wird erweisen müssen, ob es die Westalliierten mit ihrem Versprechen ernst meinten, die Bundesrepublik als souveränen und gleichberechtigten Partner zu betrachten.

Wenn Dr. Adenauer nach der Unterzeichnung des Vertrages über die Bildung einer Europa-Armee, die im Anschluß an die Signierung des Deutschlandvertrages in Bonn erfolgt, aus Paris in die Bundeshauptstadt zurückgekehrt ist, wird er sich sofort mit zwei schwierigen Problemen befassen müssen, die in der abgelaufenen Woche in ein akutes Stadium getreten sind. Das eine von ihnen zeigt sowohl außen- als innenpolitische Aspekte: die Krise der Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel. Sie sind durch die Rundfunkkassette des Rechtsanwalts Küster gegen die Bundesregierung in ein merkwürdiges Licht geraten. Man wird dabei aber wohl den richtigen Standpunkt einnehmen, wenn man sich einen Kommentar der „New York Times“ zu eigen macht, in dem es heißt:

„Bundeskanzler Adenauer ist bemüht, diese Angelegenheit zu regeln, um das moralische und diplomatische Prestige Deutschlands wiederherzustellen. Seine Finanzschwachverständigen scheuen jedoch die Übernahme neuer Verpflichtungen, wie sie wissen, wie sie ihnen nachkommen sollen. Diese Besorgnis ist verständlich. Die gesamten israelischen und jüdischen Ansprüche an Deutschland betragen erheblich mehr als zwei Milliarden Dollar. Diese Ansprüche kommen zu der Forderung auf dreieinhalb Milliarden Dollar für

...nde
...amateur
...teile der
...sich
...ffen der
...Bei der
...sich nur
...füllende
...nach
...wobei
...der SC
...le ange-
...ubs be-
...Dlympia-
...tag noch
...llen Kr-
...n kann.
...Viktoria
...da, Bre-
...rg gegen
...baller
...den am
...ung un-
...Länder-
...Folge
...it, weil
...iki abo-
...bysische
...ird. Die
...r ihrer
...waren
...Gegner.
...amateure
...jede
...Gegner
...ein zu-
...Buchen
...Vorrunde
...amateur-
...Platz-
...sollten,
...lerenden
...im. VII-
...schaften
...Frauen-
...tag in
...deutschen
...Stutt-
...föhen
...erwärts
...Samstag
...stuttgar-
...Die bei-
...den am
...legenen
...iz.
...oxer
...en am-
...fikations-
...vom
...den er-
...den in
...uden
...inheim-
...ürttem-
...U.
...hr und
...für
...sta-
...die
...erk-
...liche
...ostag
...enst.
...ard,
...u. n.
...esse
...anz).
...aria
...elan
...Uhr
...gust
...egen
...esse
...8
...19.45
...19.46
...19.48
...19.50
...19.55
...19.57
...20.00
...20.05
...20.15
...20.17
...20.20

Vorkriegs- und Nachkriegsschulden, zu dem jährlichen Verteidigungsbeitrag von 2,6 Milliarden Dollar und zu der fünfzigprozentigen Kapitalabgabe zugunsten eines Lastenausgleichs. Für ein Land mit einem Sozialprodukt von weniger als zwanzig Milliarden Dollar jährlich sind dies große Summen."

Das zweite große Problem, das dringend der Lösung harret, bildete die Ursache der leider allzu heftig gewordenen Kontroverse zwischen Bundesregierung und Gewerkschaftsbund um das Mitbestimmungsrecht und die künftigen Betriebsverfassungen. Sie wurde akzentuiert durch die Drohung des Arbeitgeberverbandes, den DGB auf Schadenersatz zu verklagen, da seine Kampfmaßnahmen illegal seien. Nachdem es aber zweifelhaft erscheint, ob solche Kraft- und Machttaten die richtige Methode sind, um die Stabilität unserer jungen Demokratie zu prüfen, knüpfen wir an die bevorstehende Aussprache zwischen Adenauer und Fette die Hoffnung, den beiden heute noch als Antipoden erscheinenden Politikern möge es gelingen, den Weg zu einem Kompromiß zu finden.

VOM TAGE

Der Beitritt zur Welbank und zum Internationalen Währungsfonds wurde vom Bundestag gebilligt. Die Gesetzentwürfe muß noch vom Bundestag behandelt werden.

Bei der INC (Internationale Rohstoffkonferenz) in Washington hat die Bundesrepublik eine ständige Vertretung errichtet. Diplomkaufmann Rudolf Schlenker vom Bundeswirtschaftsministerium wurde mit deren Leitung beauftragt.

Erzbischof Kardinal Frings ist von Köln nach Barcelona gereist, um an dem am 27. 5. dort beginnenden 35. Internationalen Eucharistischen Kongreß teilzunehmen.

Die sogenannte "Jugend-Karawane" gegen den Generalvertrag wird am kommenden Sonntag in Essen wiederum eine Kundgebung abhalten.

Ohne Zwischenfälle verliefen am Freitag die Kundgebungen von fast 90 000 Gewerkschaftern in Aachen, Essen, Wuppertal, Witten/Ruhr, Wilhelmshaven und Kiel.

Das Verbot der Deutschen Saarzeitung wurde auf weitere drei Monate verlängert. Die Gründungsversammlung der DSP wird endgültig am kommenden Sonntag in Saarbrücken stattfinden können.

Der italienische Militärattache in Belgrad wurde von der italienischen Regierung abberufen, weil die Belgrader Regierung "beleidigende Äußerungen" des stellvertretenden jugoslawischen Verteidigungsministers nicht zurücknahm.

Die anglo-ägyptischen Verhandlungen über den Sudan haben sich festgefahren. Keiner der beiden Partner weicht von seinen Forderungen ab.

Der israelische Finanzminister Eliezer Kaplan ist zurückgetreten. Dadurch ist eine Umbildung des israelischen Kabinetts erforderlich geworden.

7000 italienische Neofaschisten, unter ihnen Marshall Graziani, Edda Ciano und die Witwe Mussolini, Donna Rachele, trugen Mussolinis Schwester mit "Viva il Duce"-Rufen zu Grabe.

Bei Demonstrationen vor dem südkoreanischen Parlament in Pusan wurden eine Frau getötet und 144 Personen verletzt.

Bundespräsident Heuss übersandte dem Bremer Senatspräsidenten Kaiser seine herzlichsten Glückwünsche zum 63. Geburtstag.

Frankreichs Wiederaufbauminister Claudius Petit traf zu Besprechungen mit deutschen Regierungsvertretern in Bonn ein.

Bundesernährungsminister Niklas wird am Samstag eine Ausstellung des Deutschen Hausfrauenbundes in Frankfurt eröffnen.

Zu vieritägigem Besuch trafen 35 Mitglieder der deutsch-skandinavischen Gesellschaft in Kopenhagen ein, um soziale Einrichtungen in Dänemark zu studieren.

Franz von Papen wurde vom spanischen Staatschef in Privataudienz empfangen. Gegenüber Pressevertretern sagte Papen, er werde sich nicht mehr in die Politik einmischen.

Die schweizerische Gesandtschaft in der Bundesrepublik hat die Interessenvertretung des Fürstentums Liechtenstein übernommen.

Die CDU im Saarland hat die Genehmigung zur Abhaltung ihrer Gründungsversammlung am 4. Juni erhalten.

Der ungarische Handelsattache in Stockholm, Frau Elisabeth Hejnal, hat die schwedische Regierung um Asyl gebeten.

Königin Juliana der Niederlande hat den neuen Amsterdamer Rhein-Kanal seiner Bestimmung übergeben.

General Eisenhower hat sich vom Ständigen Rat der NATO in Paris verabschiedet. Der französische Staatspräsident verlieh ihm die "Medaille Militaire".

Die Organisation der UN habe den Boden unter den Füßen verloren und sei eine exklusive Vereinigung geworden, sagte der indische Ministerpräsident Nehru.

Das britische Unterhaus hat mit 305 gegen 283 Stimmen die Reprivatisierung des Straßenverkehrs und die Dezentralisierung der staatlichen Eisenbahnen beschlossen.

General Eisenhower ist von seinem Abschiedsbesuch in den Niederlanden wieder nach Paris zurückgekehrt. Der General wird sich in den nächsten Tagen von Paris verabschieden.

Der britische Außenminister Eden sagte vor dem Unterhaus, das England trotz seiner letzten Note an Peking den Handel mit Peking fortsetzen wolle.

Der Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC) besam in New York seine 14. Tagung. Zum Präsidenten wurde Syed Amjad Ali (Pakistan) gewählt.

General Ridgway traf in Washington ein, wo er dem Senat über die Vorgänge auf Korea Bericht erstatten wird. Ridgway wird sich anschließend von Truman verabschieden.

Debatte über Generalvertrag abgelehnt

SPD unterlag der Regierungsmehrheit - Alle Texte werden veröffentlicht

Bonn (E.B.) Die Mehrheit des Bundestages hat es in einer Sondersitzung am Freitag abgelehnt, die von der SPD und der Föderalistischen Union beantragte Debatte über die deutsch-alliierten Ablösungsverträge und den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft auf die Tagesordnung zu setzen.

In der kaum fünfzig Minuten dauernden Geschäftsordnungsdebatte gelang es den SPD-Sprechern nicht, die Regierungsparteien von der Notwendigkeit einer Debatte über die "Schicksalsfrage des deutschen Volkes" zu überzeugen. Mit der Ablehnung der Vertragsdebatte konnten auch zwei Anträge der SPD und der FU nicht mehr behandelt werden, die den Bundeskanzler auffordern wollten, dem Bundestag in einem Weißbuch sämtliche Texte der Verträge vorzulegen und dem Parlament noch vor der Unterzeichnung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

In der teilweise in erregter Atmosphäre verlaufenen Sitzung, an der auch der Bundeskanzler, sämtliche Bundesminister und zahlreiche Länderminister teilnahmen, betonte Dr. Arndt namens der SPD, die Unterzeichnung der Vertragswerke sei kein Akt des Verhandeln, mehr, darum müsse das Parlament vorher dazu Stellung nehmen. Man dürfe die Unterzeichnung nicht geringer werten als die Ratifizierung, denn "die Unterschrift ist ein politisches Ereignis". Zu den Verträgen selbst sagte Dr. Arndt, sie widersprechen dem Grundgesetz und sie brüchten Deutschland keine Freiheit, keine Einheit und keine Gleichberechtigung.

Für die Regierungsparteien erklärte der CDU-Abgeordnete Krone, niemand zweifle daran, daß die Verträge von schicksalsschwerer Bedeutung seien. Es gehe darum, daß Deutschland mit einem Teil der früher befeindeten Welt eine Verständigung erreiche, die den Frieden, die Sicherheit und die Freiheit sichert. Er wies darauf hin, daß die Unterzeichnung noch kein bindender Akt für das deutsche Volk und die Bundesregierung

sei. Erst die Ratifizierung werde die Rechtskraft bewirken, bis dahin sollte eine Bundestagsdebatte zurückgestellt werden. Die Vertragstexte würden sofort nach der Unterzeichnung bekanntgegeben werden. Dann könne sich das Volk eine Meinung bilden. Das Verlangen der SPD lehnte Krone ab, da es nicht der Verfassung, der Geschäftsordnung und der Übung in anderen Ländern entspreche.

Nach der Erklärung Krones kritisierten die SPD-Abgeordneten Wehner und Ollenhauer scharf, daß die Regierungsparteien eine sachliche Debatte rundweg abgelehnt hätten.

In einer den deutschen Rundfunkstationen zur Verfügung gestellten Erklärung sagte Dr. Adenauer: "Von einigen Stellen wird mit großem Stimmaufwand behauptet, daß die Bundesregierung - insbesondere daß ich, der Bundeskanzler - ohne vorherige Stellungnahme des Bundestages durch die Unterzeichnung des Generalvertrages, des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die Zusatzverträge gegen das Grundgesetz verstieße. Diese Behauptungen sind völlig falsch." Die Verträge würden nach ihrer Unterzeichnung allen Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt. Das gelte selbstverständlich auch für die Bundesrepublik.

Die Junge Union richtete durch ihren Bundesvorsitzenden Majonica ein Telegramm an Dr. Schumacher, in dem sie sich scharf gegen den "Monopolanspruch" ausdrückte, darüber zu bestimmen, wer Deutscher ist und wer nicht. Die Bundestagsfraktion der Deutschen Partei verwahrte sich "in tiefer Empörung" gegen den "schamlosen" Ausspruch Dr. Schumachers. Die Sozialdemokratie versage sich dem freien Zusammenschluß der europäischen Nationen ausschließlich deshalb, weil sie erkenne, "daß das Europa von morgen kein sozialistisches Europa sein wird." Bundestagsabgeordneter Krone sagte zu den beleidigenden Anwürfen Schumachers: "Wer anderen die Ehre abschneidet, begibt sich selbst der Ehre."

Die Ankunft der Außenminister in Bonn

Empfänge auf dem Flugplatz Wahn - Hoffnungsvolle Begrüßungsworte der hohen Gäste

Bonn (UP). Die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs trafen am Freitag nachmittag und abend zu ihrem ersten gemeinsamen Besuch in der Bundeshauptstadt ein, um die letzten Einzelheiten der deutsch-alliierten Verträge festzulegen und diese am kommenden Montag in feierlichem Akt zu unterzeichnen.

Außenminister Acheson erklärte bei seiner Ankunft um 17 Uhr auf dem Flugplatz Wahn bei Bonn, als er die Sondermaschine Präsident Trumans verließ: "Ich bin glücklich, wieder in Deutschland zu sein. Ich hoffe, daß ich während meiner Anwesenheit hier konstruktive Arbeit leisten kann. Die zu unterzeichnenden Verträge bedeuten einen großen Beitrag für die Sicherheit des Friedens in der Welt."

Der amerikanische Außenminister hatte Washington achtzehn Stunden vorher verlassen. Er wurde von seiner Gattin, Mrs. Diana Acheson, dem US-Sonderbotschafter Jessup und dessen Frau begleitet. Zur Begrüßung Achesons hatten sich Hochkommissar McCloy mit Gattin sowie für den Bundeskanzler der Chef des deutschen Protokolls, Baron Hans von Herwarth, eingefunden. Über einen hellblauen Teppich auf dem Rollfeld begab sich der hohe Gast direkt vom Flugzeug in den bereitstehenden Wagen McCloy's, mit dem er nach Bad Godesberg fuhr.

Eine knappe dreiviertel Stunde später landete Außenminister Eden, aus Straßburg kommend, auf dem Wahnener Flugplatz, wo ihn Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick und Lady Kirkpatrick erwarteten. Eden war in einem hellgrauen Anzug mit weißem Hemd (weicher Kragen, schwarzer Schlips) gekleidet und trug einen schwarzen Homburg. Sein Regenschirm und eine Aktentasche wurden ihm hinterhergereicht. Auch Eden wurde von Baron von Herwarth begrüßt.

Der britische Außenminister erklärte beim Verlassen des Flugzeuges: "Ich hoffe, daß wir die wichtige Arbeit, die vor uns liegt, erledigen können und so zum Frieden und zur Sicherheit der Welt beitragen." Anschließend fuhr er mit den Kirkpatricks in einem riesigen Rolls Royce nach Schloß Röttgen, dem Wohnsitz des britischen Hochkommissars.

Der französische Außenminister Robert Schuman traf um 22.20 Uhr in Wahn ein. Er erklärte bei seiner Ankunft in deutscher Sprache: "Ich komme gerade von Straßburg und hoffe, daß wir hier unsere Arbeit fortsetzen können für die Schaffung eines arbeitssamen und friedlichen Europas."

Bonn festlich geschmückt Die Bundeshauptstadt, überflutet von strahlender Sonne, hatte sich festlich zum Empfang der hohen Gäste gerüstet. Überall an Straßen und Plätzen wehen die Fahnen der vier Nationen, schmücken Blumendekorationen die Ministerien und Residenzen. Fast sämtliche Bewohner Bonns drängten sich auf den Bürgersteigen, um die ausländischen Minister auf der Fahrt zu ihren Absteigequartieren zu sehen.

Europa-Armee für fünfzig Jahre

Einigung der sechs Signatarmächte - Europa-Rat billigte den Eden-Plan

Straßburg (UP). Der französische Außenminister Schuman gab bekannt, daß die sechs Mächte der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft übereingekommen sind, die Laufzeit des Abkommens mit fünfzig Jahren festzusetzen.

Die sechs Mitgliedstaaten haben sich jedoch weitere Verhandlungen vorbehalten, falls der Nord-Atlantik-Pakt vorher ablaufen sollte. Die Mitglieder der Verteidigungsgemeinschaft (Bundesrepublik, Frankreich, Ita-

lien, Holland, Belgien und Luxemburg) wurden in diesem Fall jedoch nicht berechtigt sein aus der Verteidigungsgemeinschaft automatisch auszutreten.

Schuman betonte ausdrücklich, daß der Nordatlantik-Pakt nicht automatisch nach 17 Jahren ablaufe. Seine Mitglieder hätten jedoch das Recht, sich nach Ablauf dieser Frist aus der NATO zurückzuziehen.

Der französische Außenminister erklärte, der Wortlaut des Abkommens über die EVG liege jetzt fest. Damit sei der Weg zur Unterzeichnung des Abkommens freigemacht, die wahrscheinlich am Dienstag vormittag in Paris stattfinden werde. Die Delegationen der sechs Mächte erwarten jetzt die Bestätigung ihrer Beschlüsse durch die Regierungen.

Staatssekretär Hallstein, der als Vertreter des Bundeskanzlers an den Beratungen teilgenommen hat, erklärte, man habe eine Übergangsregelung für die Truppen gefunden, die bisher Besatzungstruppen gewesen seien und nun in die europäische Armee eingegliedert werden sollen. Der Verteidigungsvertrag sehe vor, daß die bisherigen Besatzungstruppen mit dem Gastland einen Vertrag abschließen. Hier bestehe eine Lücke im bisherigen Text des Vertragswerkes, da die französischen und belgischen Truppen bereits auf deutschem Boden ständen. Diese Lücke müsse noch ausgefüllt werden.

Die Außenminister der 15 Mitgliedstaaten des Europa-Rates haben den Eden-Plan im Prinzip gutgeheißen, der eine engere Assoziation des Europa-Rates mit dem Schumanplan und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorsieht. Die Minister ließen einstimmig eine Kompromiß-Resolution gut, die auf einen türkischen Vorschlag zurückgeht. Danach wird der Eden-Plan den Außenminister-Stellvertretern zugewiesen, die Detailvorschlüsse für die vorgesehene engere Assoziation der europäischen Organe ausarbeiten sollen. Zur gleichen Zeit wird dieser Vorschlag an die Beratende Versammlung des Europa-Rates weitergegeben, die am Montag in Paris zusammentritt.

Die vorgesehene Unterzeichnung einer Konvention über die gegenseitige Anerkennung akademischer Diplome und Schulabschlüsse wurde nicht diskutiert. Der belgische Außenminister van Zeland, der den Vorsitz im Ministerkomitee führte, teilte der Presse mit, daß "gewisse Schwierigkeiten" eine Unterzeichnung unmöglich gemacht hätten. Unter anderem habe der Einspruch der deutschen Delegation gegen die Unterzeichnung der Konvention durch den saarländischen Vertreter die Unterzeichnung verzögert. Auch diese Konvention würde zur weiteren Behandlung den Außenminister-Stellvertretern übermittelt.

Das französische Kabinett hat den Deutschlandvertrag und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft beraten. Ein Sprecher des Kabinetts erklärte, die französische Regierung suche nach einer Formel, um die Ratifizierung der beiden Vertragswerke durch die Nationalversammlung zu erleichtern.

Fette antwortet Berg

Düsseldorf (UP). Der DGB-Vorsitzende Christian Fette hat in einem "Offenen Brief" den Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Fritz Berg, gebeten, die Versuche aufzugeben, Mißtrauen zwischen den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften zu säen. Fette spricht Berg seinen Dank dafür aus, daß dieser anerkannt habe, daß die Kapitalträger ohne die Arbeitskraft nicht vermögen. Der DGB habe immer die Auffassung vertreten, daß Kapital und Arbeit aufeinander angewiesen seien. Aus dieser Erkenntnis

stammten die Forderungen des DGB nach Mitbestimmung und nach Anerkennung der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit. Von den Gewerkschaften werde nicht die unternehmerische Leistung bestritten, sie verlangten aber, daß auch die Träger der Arbeitskraft an der unternehmerischen Leistung beteiligt würden.

KPD ruft zu Proteststreiks auf

Webberg verläßt die Friedensgesellschaft

Düsseldorf (UP). Der Parteivorstand der KPD hat die westdeutsche Bevölkerung aufgefordert, den zur Unterschrift des Generalvertrages nach Westdeutschland gekommenen Außenministern der "imperialistischen" Staaten sowie der "volksfeindlichen" Adenauer-Regierung zu zeigen, daß sie nicht daran denken, für amerikanische "Profitinteressen" zu sterben. Die Arbeiter sollen durch Streiks und die Gesamtbevölkerung durch Kundgebungen und Demonstrationen beweisen, daß sie sich dem Generalvertrag niemals beugen werden.

Prof. Hans Wehberg vom "Institut universitaire des hautes etudes internationales" in Genf hat seinen Austritt aus dem Direktorium der Deutschen Friedensgesellschaft erklärt. In einem Brief Wehbergs an die Friedensgesellschaft heißt es, er vertrete in der Frage der sogenannten Wiederaufrüstung Deutschlands eine von der Friedensgesellschaft völlig abweichende Auffassung. "Meiner festen Überzeugung nach ist Bundeskanzler Adenauer auf dem rechten Wege, sowohl im Interesse eines auf Freiheit gegründeten Weltfriedens als auch im Interesse unseres deutschen Vaterlandes". Seine Politik verdiene daher aufrichtige Unterstützung eines jeden wahren Pazifisten und eines jeden deutschen Mannes.

500 DM Ordnungsstrafe für Dr. Müller

München (UP). Der Auerbach-Ausschuß des bayerischen Landtags verurteilte den bayerischen Justizminister Dr. Josef Müller wegen unberechtigter Aussageverweigerung zu 500 DM Geldstrafe, bzw. 30 Tagen Haft bei Nichterbringung. Müller erklärte zuvor, das seit Mittwoch gesuchte Kontobuch habe sich nicht gefunden, dagegen aber die Belege über die Ohrenstein-Gelder. Müller zeigte zwei Leitzordner vor und sagte, diese enthielten die Belege. Er werde die Ordner aber nicht öffnen, da die Ausgabe der Gelder eine parteiinterne Angelegenheit sei. Er werde auch keine Angaben über die Verwendung und über die Höhe der empfangenen Beträge machen. Als der Ausschuß-Vorsitzende Dr. Fischer (CSU) den Minister auf die Möglichkeit hinwies, er könne zur Erzwingung der Aussage in Haft genommen werden, erwiderte Müller: "Ich bin im Dritten Reich genug in Haft genommen." Der Minister versicherte weiter, er habe von Ohrenstein von dem Augenblick an keinen Pfennig mehr angenommen, als die Möglichkeit bestanden hätte, daß Ohrenstein in den Bereich der Ermittlungen kommen könnte. In der Geschichte Bayerns ist es das erstmal, daß ein amtierender Minister wegen unberechtigter Aussageverweigerung in Strafe genommen wurde.

Dr. Müllers Sekretärin Anna Haaser hatte sich ebenfalls geweigert, ohne ihre Buchungsbelege die Summe zu nennen, die Müller erhalten hatte. Auch ihr wurde Ordnungsstrafe und Haft in Aussicht gestellt, falls sie bei ihrer Weigerung bleibe. Darauf erklärte sie plötzlich, nicht mehr vernunftfähig zu sein und wurde sofort einer amtärztlichen Untersuchung zugeführt.

Dr. Weiß für einen Landwirtschaftsrat

Das Mitbestimmungsrecht der Landwirtschaft

Tübingen (sw). Der bisherige Landwirtschaftsminister von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Weiß, beabsichtigt, der Landesregierung von Baden-Württemberg die Bildung eines Landwirtschaftsrates vorzuschlagen. Durch die Koordinierungstätigkeit dieses Landwirtschaftsrates soll die in den letzten Jahren eingetretene Entfremdung der Landwirtschaft in den vier Landesteilen beseitigt werden. Andererseits sollen fortschrittliche Neuerungen aus einzelnen Gebieten auf das ganze Land ausgedehnt werden.

Im Landwirtschaftsrat sollen nach dem Plan des ehemaligen Landwirtschaftsministers insgesamt 52 Vertreter der Bauern, der Landfrauen, der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten, des Obst- und Weinbaus, der Fischerei, der Forstwirtschaft, der landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie der Landwirtschaftswissenschaft Sitz und Stimme haben. Von dieser Hauptversammlung des Landwirtschaftsrates sollen ein Hauptausschuß von etwa acht Mitgliedern sowie Fachausschüsse für die verschiedenen Gebiete gebildet werden. Der Hauptausschuß koordiniert die Arbeiten und stellt einen "jährlichen Arbeitsplan für die Landwirtschaft" auf.

Die Hauptversammlung soll nach dem Plan von Dr. Weiß die Aufgabe erhalten, den Agrarplan gutzuheißen, Tätigkeitsberichte aus den einzelnen Arbeitsgebieten entgegenzunehmen und sich auch um den Haushaltsplan des Landwirtschaftsministeriums zu kümmern. Damit käme auch ein gewisses Mitbestimmungsrecht in die Organisation der Landwirtschaft Südwestdeutschlands. Dr. Weiß empfiehlt ferner, dem Landwirtschaftsrat durch ein Gesetz oder durch einen Artikel in der Verfassung des neuen Landes die Grundlage für seine Tätigkeit zu geben.

Bessere Verbindung über den Bodensee

Friedrichshafen (sw). Mit dem Sommerfahrplan wurde der Schiffsverkehr über den Bodensee zwischen Rorschach und Lindau beträchtlich erweitert. Nach Ansicht der Bundesbahn lassen die Erleichterungen in der Zuteilung von Devisen und beim Grenzübertritt eine starke Zunahme des Grenzverkehrs über den See erwarten. Für einlässige Ausflüge aus der Schweiz genügt die kleine Ausflugskarte, die auf Grund eines neuen Abkommens mit Deutschland eingeführt worden ist. Die Schweiz hat das Abkommen bereits ratifiziert. In Deutschland müssen die Besatzungsbehörden dieser neuen Vereinbarung noch zustimmen.

Aus der Stadt Ettlingen

„Wer ruft die Vergessenen?“ Heimatdichter Paul Jos. Kuhn gibt eine Einführung in sein neuestes Werk. In der Wochenversammlung der Gruppe Kolping, die am Dienstag, 20. Mai, in dem neubereinigten Nebenzimmer des „Rebstock“ stattfand, gab unser Heimatdichter Paul Jos. Kuhn eine Einführung in sein nunmehr fertiggestelltes Kolpingdrama. Obwohl es durch die gründlichen zeitgeschichtlichen Studien gelungen ist, den historischen Kolping packend zur Darstellung zu bringen, so wurde doch allen Hörern klar: dieser Mann hat auch unserer Zeit Wesentliches zu sagen. Spricht er doch so manchen Satz, der gerade im Chaos unserer Zeit lichtvolle Wegweisung zu geben vermag. Auch die anderen Gestalten des Spiels sind fast durchweg Menschheitstypen, Problematiker und Suchende, Gewaltmenschen und Schwache, einfache und schwierige Naturen. Wir wollen hoffen und wünschen, daß dem mit soviel Liebe gestalteten Werk recht bald die Uraufführung möglich wird und daß es dazu beitrage, die Gestalt des Gesellschafters auch den Kreisen vertraut zu machen, die bisher noch nicht in seinen Bannkreis getreten sind.

Wir fahren nach Amerika Über eine Amerikareise berichtete am Christi-Himmelfahrtstag in der Monatsversammlung der Kolpingsfamilie im „Hirsch“ Geschäftsführer Garloff (Handwerkakademie). Der Redner gab zuerst einen Überblick über den Gesamteindruck und die Eigentümlichkeiten des Landes und zeigte dann an Hand von Farbbildern die wichtigsten Stationen seiner Reise. Die Weltstädte New York, Chicago und Washington, die Seenwelt von Michigan, die Rocky Mountains wie auch Kalifornien mit San Francisco und Los Angeles erfreuten das Auge des Beschauers. Staunenswerte Dinge hörte man vom Lebensstandard der Amerikaner, vom Tempo der Wirtschaft und des technischen Fortschritts, aber all das konnte nicht über eine gewisse Seelenlosigkeit der amerikanischen Kultur hinwegtäuschen. Europäische Städte mit ihrer über 1000-jährigen Geschichte wie etwa Köln, München und Wien, Paris und London oder gar das ewige Rom haben eine gewordene Kultur, die auch von der modernsten amerikanischen Hyperkultur nicht eingeholt werden kann. Was aber Staunen und Bewunderung erregte, ist die wirkliche Freiheit, die in diesem Lande herrscht. Hier wird auch die Meinung der anderen geachtet, wird in Parlamenten und Ausschüssen sachlich diskutiert und hat auch eine Opposition konstruktive Bedeutung. Auf alle Fälle hat jeder Zuhörer auch bei aller kritischen Reserviertheit den amerikanischen Verhältnissen gegenüber den Eindruck gewonnen: lieber noch in Amerika als in Rußland.

Verhandlungen über den Rahmentarifvertrag im Baugewerbe Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft teilt mit, daß die Verhandlungen über den Rahmentarifvertrag für die techn. und kaufm. Angestellten sowie für die Poliere und Schachtmeister im Baugewerbe auf Bundesebene am 5. und 6. Juni 1952 in Bad Godesberg stattfinden. Bis heute gilt noch im Baugewerbe die alte Reichstarifordnung vom 25. 5. 1938, welche durch den neu zu schaffenden Rahmentarifvertrag abgelöst werden soll.

Fröhliche Reise in den Kraichgau mit dem „Fidelen Sonntagsummler“ Nach dem Erfolg der letztjährigen „Fahrt ins Blaue“ nach Sulzfeld unternimmt der Fidele Sonntagsummler morgen Sonntag, den 25. Mai, eine „Fröhliche Reise in den Kraichgau“. Mit Rücksicht auf die Oberbürgermeisterwahl in Karlsruhe startet der Fidele Sonntagsummler in Karlsruhe Hbf erst um 9.00 Uhr. Die Rückkunft nach Karlsruhe Hbf erfolgt um 20.40 Uhr. Der Fahrpreis ist weitgehend ermäßigt und beträgt nach Sulzfeld 3,20 DM, nach Eppingen 3,60 DM.

Die Kanalisation der Badenertorstraße wurden wegen des Beginns der Bauarbeiten an der Autobahn und der damit verbundenen Sperre der Rheinstraße verschoben und soll nunmehr endgültig am kommenden Montag begonnen werden.

Kreisverordnung über die Bekämpfung der Schnackensplage Der Kreistag hat am 24. März 1952 eine Kreisverordnung für den Landkreis Karlsruhe über die Bekämpfung der Schnackensplage erlassen. Die Kreisverordnung ist an der Rathausstube angeschlagen, wozu besonders hingewiesen wird.

Betr. Sportabzeichen Die Abnahme der leichtathletischen Übungen für das Sportabzeichen (Männer, Frauen u. Jugend) erfolgen ab sofort jeden Mittwoch ab 17 Uhr im Hochschulstadion. Die bereits mit Lichtbild versehenen Leistungshäfte müssen zur Abnahme vorgelegt werden.

Generalversammlung der Volksbank für das Geschäftsjahr 1951

Zu der ordentlichen Generalversammlung der Volksbank Ettlingen, die am 21. Mai im Gasthaus zum „Hirsch“ stattfand, hatten sich zahlreiche Mitglieder der Genossenschaft eingefunden.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Aufsichtsratsvorsitzenden Fr. Karl Schimpf und einem ehrenden Gedenken der im Jahr 1951 verstorbenen Mitglieder gab Vorstand Bächle einen ausführlichen Bericht über das Geschäftsjahr 1951. Er legte an Hand der vorliegenden Bilanz die Geschäftsentwicklung dar, die sich im wesentlichen durch eine Umsatzsteigerung auszeichnet. Die von der Bank deutscher Länder über das Landeszentralbankensystem verfolgte „Politik des knappen Geldes“ wirkt sich besonders durch schnellen Geldumlauf aus, was sich der gegenüber 1950 um 50% erhöhten Umsätze der Bank auswirkt. Nach Vornahme der üblichen Abschreibungen und der möglichen Rückstellungen verbleibt ein Reingewinn von 13.355,86 DM, der der Generalversammlung zur folgenden Verteilung vorgeschlagen wurde: 7990,44 DM 6% Dividende für die Geschäftsguthaben ab 21. 6. 48 bis 31. 12. 51; 2000 DM Zuweisung an die Baurücklage; 3395,42 DM Vortrag auf neue Rechnung.

Vorstand Bächle dankte den Mitgliedern für die treue Zusammenarbeit mit der Bank und erwähnte besonders zwei Mitglieder, die auf eine Mitgliedschaft von 50 und über 50 Jahren zurückblicken können; es sind die

Herren Franz Becker, Fotograf und Wilhelm Weßker sen., Gipsermeister.

Die vorliegende Jahresrechnung für 1951 und die vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes wurde von der Generalversammlung einstimmig genehmigt, ebenso einstimmig wurde dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die satzungsgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, die Herren K. Hektor Furtwängler, Walter Grützing und Herbert Pöhlmann wurden einstimmig wiedergewählt. Vorstand Karg gab der Versammlung einen Überblick über die heutigen Formen des Sparens unter besonderer Berücksichtigung des steuerbegünstigten Sparens und des mit Prämien ausgestatteten Bausparens.

Aus den Kreisen der Mitglieder wies Herr Walter Foerster darauf hin, daß bei einer Generalversammlung einer Kreditgenossenschaft hinter dem scheinbar trockenen Zahlenmaterial doch tatsächliche Werte stehen und daß diese Zahlen ein getreues, unverfälschtes Abbild unseres wirtschaftlichen Lebens und unseres Lebensstandes sind. Er dankte dem Vorstand und Aufsichtsrat sowie den Angestellten der Bank für die im Geschäftsjahr 1951 geleistete Arbeit. Der Beifall, den die Ausführungen Herrn Foersters fanden, bewies, daß er im Namen aller Mitglieder gesprochen hatte.

Nach dem bald abgewickelten offiziellen Teil verbrachten die Mitglieder noch einige Stunden in gemütlicher Unterhaltung.

Noch mehr dem Gästeverkehr erschließen

Schreiende Reklameschilder im Albgau sollten verschwinden — Die Heimat müßte erwandert werden

Die Albthalverkehrsgemeinschaft gab kürzlich einer Anzahl Pressevertreter Gelegenheit, die landschaftlich schönsten Punkte des Albgaus zu besuchen. Gänzlich unbekannt war das Tal eigentlich keinem der Teilnehmer. Die Seitentäler in ihrem frühommerlichen Kleid erweckten aber immer wieder Bewunderung und man darf wohl annehmen, daß der Großteil der städtischen Bevölkerung die Perlen des Albgaus wie Meisenbachtal oder Holzachtal noch nicht genügend kennt. Die Albthalverkehrsgemeinschaft hat sich die Aufgabe gestellt, durch intensive Werbung die Bevölkerung mit den Schönheiten des Albgaus vertraut zu machen und die einzelnen Wirtschaftszweige in ihrer Gesamtheit für dieses Ziel zu gewinnen.

Die Rundfahrt begann am Karlsruher Altbahnhof mit einem bequemen Reiseomnibus der Altbahn. Zuerst wurde das Ettlinger Bad am Ausgang des Albtals besichtigt, wo noch die Arbeiter werkten, um die Kabinengebäude rechtzeitig zur Eröffnung fertigzustellen. Die Pressevertreter brachten zum Ausdruck, daß Ettlingen mit dieser herrlichen Anlage einen Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr geschaffen habe, die inmitten dieser Landschaft wohl einmal sein dürfte. Großes Interesse fand der neu hergerichtete Zug der Altbahn, der zur Besichtigung bereit stand. Der Triebwagen und der Wagen, die vollkommen überholt wurden, sollen vor allen Dingen dem Schnellverkehr Karlsruhe—Herrnalt dienen. Die Fahrzeuge sind mit einem grünen Anstrich versehen und weisen auch in ihrem Innern Neuerungen auf. So hat man beispielsweise die Trennwand zwischen Raucher- und Nichtraucherabteil durch Glasfenster ersetzt. Eine Tür, die sich durch Federung selbst schließt, wird manchen Ärger der Reisenden im Nichtraucherabteil beseitigen.

Die Pressevertreter waren auf der weiteren Fahrt vor allen Dingen von der Sauberkeit der Altbahndörfer überrascht und wunderten sich, daß diese ruhige Gegend in so geringer Entfernung von der Großstadt keinen stärkeren Gästeverkehr aufweist. Zur Erklärung wurde von den einzelnen Bürgermeistern und von den Vorsitzenden der Verkehrsvereine immer wieder betont, daß es in der Hauptsache eine Frage der Wohnraumbeschaffung für Heimatvertriebene sei, die Übernachtungsmöglichkeiten für Fremde stark einschränke. Wenn dieser Engpaß erst einmal überwunden ist, dann wird sich noch manche Möglichkeit bieten, den Zustrom der Fremden zu vergrößern.

Die wenigen Gaststätten, die besucht werden konnten, waren ein Beweis für die geschmackvolle Einrichtung und die gastfreundliche Bewirtung im Albtal. Dagegen wurden die vielen Coca-Cola-Schilder und die übrigen Plakate, die das Landschaftsbild verschandeln, einer heftigen Kritik unterzogen. Vor allen Dingen bilden die roten Coca-Cola-Schilder eine Gefahr für die Autofahrer, denn nur zu leicht können sie mit Verkehrszeichen verwechselt werden. Die anwesenden Gemeindevertreter sagten zu, diesem Mißstand abzuhelfen.

Hans Leopold Zollner erklärte mit launigen Worten die Landschaft. In einer zwanglosen Plauderei berichtete er über die historische Vergangenheit, über die landschaftliche Eigenart und über die kulturellen Bindungen des

Albgaus. Ihm war es hauptsächlich zu verdanken, daß die Teilnehmer neben den äußeren Eindrücken noch manches Erlebnis mit nach Hause brachten.

Am Abend trafen sich die Teilnehmer an der Albgaufahrt im Höhenrestaurant „Vogelsang“. Bürgermeister Rimmelspacher, der Vorsitzende der Albthalverkehrsgemeinschaft, erklärte in einer kurzen Ansprache, daß das Albtal mit allem was dazu gehört, als Erholungsgebiet für die Karlsruher Bevölkerung noch mehr erschlossen werden könne. Wenn der Gästeverkehr in diesem Gebiet insgesamt gehoben würde, dann erwüchsen daraus Vorteile für die Allgemeinheit. Bürgermeister Rimmelspacher wendete sich gegen das Anbringen schreiender Reklame, denn damit könne man die Besucher nur abschrecken.

Bahnverwalter Heil und Dr. Hanff von der Altbahn hatten an diesem Abend noch manche Frage der auswärtigen Journalisten zu beantworten. Man schlug unter anderem vor, die Schnellverbindungen der Altbahn nach Herrnalt durch Anschlußomnibusse bis Döbel zu erweitern. Weiter wurde angeregt, mit der Jugend das Albtal zu erwandern und auch die Erwachsenen wenigstens teilweise dahin zurückzuführen. Schuljugend, die schon in jungen Jahren große Fahrten, teilweise bis ins Ausland mache, so erklärte einer der Anwesenden, werde zu schnell genussüchtig und man wisse nicht, was man ihr später einmal bieten solle, wenn sie in der Jugend schon alles ausgekostet habe.

Capitol „Ruf aus dem Äther“

Einen dramatischen Konflikt zwischen Liebe und Selbsterhaltung, in dem Oscar Werner, Lucie Scharf, Fritz Imhoff, Walter Ladengast, Otto Wögerer und Ernst Waldbrunn die Hauptrollen besetzen, zeigen die Capitol-Lichtspiele bis Dienstag. Dieser Film verdient, daß man ihm mit Sympathie gegenübersteht, denn er ist ein Bekenntnis zur Nächstenliebe, die bei gutem Willen alle Schranken zu durchbrechen vermag. Der Film ist ein Aufruf an unsere Zeit, das menschliche Herz nicht zu vergessen, das auch in den verworrensten und aussichtslosesten Situationen immer einen Weg findet.

„Schwarze Augen“

Ist ein nicht alltäglicher Film, in dem sich Liebe, Kriminalistik und Musik vereinigen. Der dramatische Konflikt eines Meistergeigers mit all seinen Erniedrigungen und seine große Liebe, in der alles menschliche Glück zum Ausdruck kommt werden packend geschildert. In den Hauptrollen spielen Cornell Borchers, Will Quadflieg, Angelika Hauff, Rosita Serano und Georg Thomalla. Die Capitol-Lichtspiele zeigen diesen Film bis Sonntag.

Uli „Die Vier im Jeep“

Der Film charakterisiert so recht die Zerrissenheit der Viereckorenstadt Wien. Das Stück wird aber nicht auf die politische Ebene geführt, wie man das leicht vermuten könnte, sondern man hat mit geschickter Hand die Menschlichkeit in den Mittelpunkt der Handlung gestellt. Die einzelnen Nationen werden

durch erste Kräfte ihres Landes hervorragend vertreten. Die ergreifende Rolle der Franziska Idinger spielt die sympathische Schwedin Viveca Lindfors. Dieses filmische Meisterwerk des Regisseurs Leopold Lindtberg, das bereits in allen größeren Städten Westdeutschlands mit Erfolg gezeigt wurde, verspricht auch für die Ettlinger Bevölkerung ein Erlebnis zu werden, wie es nur wenigen Filmen gegeben war. Die Union-Lichtspiele zeigen „Die Vier im Jeep“ bis Montag.

Bereins-Nachrichten

Das Programm des Musikvereins

für sein großes „Mai-Bockbier-Fest“ vom 24. bis 26. Mai finden unsere Leser im heutigen Anzeigenteil Die Markthalle und ihre Umgebung prägen im grünen Festschmuck und erwarten frohe Zuhörer für die musikalischen Darbietungen an den drei Tagen. Der Reinerlös dient einer sehr guten Sache, nämlich der Anschaffung von Streichinstrumenten für das neue Orchester des Musikvereins.

Arbeitergesangverein „Eintracht“

Die Sänger treffen sich beim Bockbierfest des Musikvereins. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß für den Vereinsausflug noch eine beschränkte Zahl Karten frei sind. Interessenten können sich in die bei Preisergeschäft Emil Jäger aufgelegte Liste eintragen.

MGV Liedertafel Ettlingen e. V.

Die Sänger treffen sich am Samstag 24. Mai 19.45 Uhr im Vereinslokal, um anschl. bei der Veranstaltung des Musikvereins Ettlingen einige Chöre zum Vortrag zu bringen.

Am Sonntag, 25. Mai fahren die Sänger nach Friedrichstal, um der Einladung des dortigen Männergesangsvereins Folge zu leisten. Treffpunkt der Sänger zur Abfahrt mit Omnibus und gegebenenfalls mit Privatwagen pünktl. 13.30 Uhr. Der Frauchchor probt am Sonntag, 25. Mai 9.30 Uhr im Vereinslokal.

Der gemischte Chor probt am Montag, 26. 5. bei pünktlichem Beginn um 20 Uhr. Die nächste Singstunde für den Männerchor ist wie üblich am Dienstag, 27. Mai.

Die Freiwillige Feuerwehr

fährt am Sonntag, 25. Mai, 8.30 Uhr zum Spielmannszugtreffen der Feuerwehren nach Jöhlingen, wo ein Wertungsspiel abgehalten wird. Für die Omnibusfahrt sind noch Plätze frei, so daß sich einige Interessenten an der Fahrt beteiligen können. Anmeldebogen nimmt Kommandant Wolfmüller entgegen.



Ortsgruppe Ettlingen

Nächste Sprechstunde am Samstag, 7. Juni von 14 - 17 Uhr im Schloß.

Vom Boxen

Heute 19 Uhr beginnen in Weinheim (Bergstraße) die „Süddeutschen Seniorenmeisterschaften 1952“ und werden Sonntag, 25. Mai, um 11 Uhr in der Zwischenrunde (um den 3. Platz) fortgesetzt. Nachmittags 15 Uhr starten die Endkämpfe um den 1. und 2. Süddeutschen.

Für den Kreis Karlsruhe gehen Feuchter (Pol. K'he), Graf (ASV Durlach) und Ruf (BSV Ettlingen) in den Ring. Von Ettlingen könnten es sehr wohl zwei Vertreter sein, hätte Pfadst nicht infolge gebrochenen Daumens am 11. Mai aufgeben müssen. Um so mehr begleiten die besten Wünsche aller Sportfreunde den sympathischen Bantamler Hugo Ruf zu den schweren Kämpfen nach Weinheim. Die Leute im Bantam sind: Scholz (Bayern), Fink (Württemberg), Hugo (Südbaden) und der BSV-Mann Ruf (Nordbaden).

Abfahrtszeiten zur unentgeltlichen Autofahrt sind im „Wilden Mann“ für Sonntag zu erfahren. Samstag Abfahrt 4 Uhr am „Alten Fritz“, direkt bei der Rheinlandkaserne.

Die Schulkameraden des Jahrgangs 1912/13 treffen sich heute 18.30 Uhr am „Hirsch“ zur Kranzniederlegung auf dem Friedhof.



Zur Frankreichfahrt der VHS

starten die 52 Teilnehmer am Samstag 31. Mai. Die Volkshochschule wird das Reiseparkonto 2244 bei der Bezirks-Sparkasse Ettlingen beibehalten. Durch laufende Einzahlung (auch kleiner Beträge erwirbt sich jeder das Recht, an einer späteren Studien- od. Auslandsfahrt teilzunehmen. Das deutsch-französische Austauschbüro in Paris teilt aus Anlaß der Ettlinger Frankreichfahrt mit, daß französische Familien ihre Kinder während der Sommerferien Juli-September gern in deutsche Familien geben und anschließend die deutschen Kinder aufnehmen werden. Wer sich an diesem deutsch-französischen Jugendaustausch beteiligen will, wende sich an den Leiter der VHS, Hauptlehrer Emig (Schillerschule)

Advertisement for Baby-Bond lottery. Text: „Gewinne ohne Risiko mit Prämien-Schatzanweisungen (Baby-Bonds)“. „Haben Sie noch keinen Baby-Bond? Dann ist es höchste Zeit, denn am 3. Juni ist wieder Ziehung! Sie erhalten ihn für DM 10 bei allen Banken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Postämtern und können damit in jedem Vierteljahr 50000.—, 25000.—, 10000.—, 1000.— oder 500.— DM gewinnen. Am 1. September 1956 erhalten Sie außerdem Ihren Einsatz zurück!“

Umschau in Karlsruhe

15,5 Millionen für den Wohnungsbau

Schwerersterörte Städte bevorzugt
 Karlsruhe (lsw). Die badische Landesversicherungsanstalt hat für das Baujahr 1952 aus ihren Mitteln 15,5 Millionen DM für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt und die Summe in erster Linie an Genossenschaften in den schwerersterörten Städten Nord- und Südbadens verteilt. Größere Beträge erhielten Mannheim, Bruchsal, Karlsruhe, Pforzheim, Kehl, Breisach und Freiburg. 80 Prozent der Wohnungen, die mit den Geldern der Landesversicherungsanstalt gebaut werden, müssen an Rentenversicherte vergeben werden.

Louise Schröder sprach in Karlsruhe
 Karlsruhe (lsw). Die Bundestagsabgeordnete Bürgermeisterin a. D. Louise Schröder betonte auf einer SPD-Kundgebung für die Oberbürgermeisterwahl in Karlsruhe, der Wiederaufbau Berlins müsse ein Vorbild für Westdeutschland sein. Louise Schröder, die sich für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit einsetzte, meinte, die SPD kämpfe deswegen gegen einen Wehrbeitrag und gegen einen Generalvertrag, weil noch nicht einmal die Bundestagsabgeordneten, geschweige denn das deutsche Volk, wüßten, was in beiden Verträgen stehe. Man könne einem Vertragswerk, das man nicht kenne, nicht zustimmen. Im übrigen müsse der derzeitigen Regierung das Recht abgesprochen werden, über derartige Probleme zu entscheiden, da bei der Wahl der Regierung ganz andere Verhältnisse in der Bundesrepublik geherrscht hätten. Die Kundgebung, an der der stellvertretende Ministerpräsident Baden-Württembergs, Wirtschaftsminister Dr. Veit, Justizminister Renner und der Fraktionsvorstand der SPD, Möller, teilnahmen, war von über 3000 Personen besucht.

Aus der badischen Heimat

Mannheim. Der bekannte Sensationsdarsteller Armin Dahl, der in dem neuen Film „Klettermaxe“ die Hauptrolle spielt, hat seine artistischen Kunststücke vor mehreren tausend Neugierigen auf dem Mannheimer Paradeplatz gezeigt. (lsw)

Mannheim. Auf dem Mannheimer Hauptfriedhof wurde von einem Unbekannten eine bronzene Urne mit Gewalt aus ihrer Befestigung gerissen und gestohlen. (lsw)

Eine grausame Mutter

Mannheim (lsw). Die Mannheimer Polizei hat eine 26jährige Hausgehilfin unter dem dringenden Verdacht festgenommen, ihr zehn Wochen altes Kind getötet zu haben. Der Polizei war aufgefallen, daß die Hausgehilfin in der letzten Zeit nicht mehr mit dem Kind zu sehen war, das sie von einem amerikanischen Soldaten hatte. Die Festgenommene sagte aus, daß sie das Kind einem Unbekannten mit dem Auftrag gegeben habe, es zu töten, weil es ihr im Wege stand. Der Unbekannte habe dafür 60 DM bekommen. Die Kindesleiche wurde in einem Bombentrichter, mit Sand und Baubedeckung, gefunden. Die Polizei nimmt jedoch an, daß die Hausgehilfin das Kind selbst getötet hat.

Die Hühner sagten „Prosit“

Lauda (swk). Große Augen machte ein Landwirt in Gerolshausen, als seine Hühner plötzlich Gleichgewichtsstörungen an den Tag legten. Die wackeren Eierzeuger verdröhnten die Augen und wälzten sich auf dem Boden. Der Bauer war sehr besorgt. Bald jedoch stellten sich der Grund dieser „Krankheit“ heraus. Das Federvieh war nicht nur weiß, rothbraun oder gepunktet, sondern auch blau. Beim Weinabfüllen hatte man den Hefesatz aus dem Faß auf den Misthaufen geschüttelt.

Mahn und Hennen waren über das herrliche alkoholische Futter hergefallen und hatten es sich gut schmecken lassen.

Schmuckwaren-Industrie protestiert

Pforzheim (lsw). Der Schmuckwaren-Industrieverband für Nordwürttemberg und Nordbaden hat in einem Schreiben an Finanzminister Dr. Frank gegen die vorläufigen Richtlinien über Stundung und Erlaß der Investitionshilfe protestiert. Vor allem wurden die Bestimmungen über die Aufnahme von Bankkrediten und den Verkauf von Privatbesitz zur Erfüllung der Investitionshilfeleistungen sowie der Zinssatz für Bankkredite von 12 Prozent kritisiert. Dies verstoße gegen den Sinn der Investitionshilfe, die flüssige Mittel in die Grundstoff-Industrie bringen solle. Der Zwang zum Verkauf von Privatvermögen verstoße gegen das Grundgesetz, das Enteignungen nur zum Wohl der Allgemeinheit zulasse.

Pforzheim. In Pforzheim ist der Bau eines achtstöckigen Lehrlingsheimes geplant. Die Finanzierung des Baus soll das Landesarbeitsamt übernehmen. (lsw)

Fünf Häftlinge ausgebrochen

In die Zellenwand ein Loch geschlagen
 Rastatt (lsw). Aus dem Rastatter Amtsgerichtsgefängnis sind fünf Straf- und Untersuchungsgefangene ausgebrochen. Die Häftlinge brachen in die Zellenaußenwand ein Loch von etwa 70 cm Durchmesser und flüchteten dann durch den Gefängnisgarten über die hohe Gefängnismauer. Von den Ausbrechern fehlt zur Zeit noch jede Spur. Einer von ihnen war erst am Mittwochabend verurteilt worden. Wie die Gefängnisleitung erklärt, müssen die Ausbrecher sehr schnell gearbeitet haben, weil sonst die Vorbereitungsarbeiten auf den nächtlichen Kontrollgängen unbedingt hätten bemerkt werden müssen.

Kehl. Das Städt. Krankenhaus in Kehl wird, wie die Abwicklungsstelle der Staatskanzlei in Freiburg mitteilt, am 21. Juni 1952 an den deutschen Sektor von Kehl zurückgegeben. (lsw)

Werksiedlung in Offenburg

Offenburg (lsw). Anlässlich des 50jährigen Bestehens der Vivil-Pfeffermühlfabrik A. Müller und Co. in Offenburg wurde eine für Arbeiter und Angestellte der Fabrik errichtete Siedlung ihrer Bestimmung übergeben. Die Siedlung bietet in sieben Häusern 26 Familien Wohnraum.

Beide Augen verloren

Rippoldsau (swk). Durch Explosion eines Böllers beim Hochzeitschießen ereignete sich in Bad Rippoldsau ein schwerer Unfall. Ein 34jähriger Mann erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er beide Augen verloren hat.

Student in der Ostzone verhaftet

Freiburg (swk). Der 26jährige Siegfried Steiger aus Dresden, Medizinstudent an der Universität Freiburg, wurde, als er während der Ferien seine Eltern besuchte, in der Ostzone verhaftet und an einen unbekanntem Ort deportiert. Der ASIA der Universität hat das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen in Berlin um Intervention gebeten.

Flugplatz wird nicht vergrößert

Freiburg (swk). Die alliierte Hochkommission hat die Stadtverwaltung von Freiburg davon unterrichtet, daß der Freiburger Flugplatz entgegen den bisherigen Planungen vorläufig nicht vergrößert wird.

Ehepaar in den Tod gefahren

Schwerer Verkehrsunfall in Freiburg
 Freiburg (lsw). In Freiburg ereignete sich einer der schwersten Verkehrsunfälle der letzten Zeit, dem zwei junge Menschenleben zum Opfer fielen. Ein neunzehn Jahre alter Motorradfahrer, dessen achtzehn Jahre alte

Frau auf dem Sozius mitfuhr, wich in der Salzstraße in Freiburg vor der Einmündung in den Augustinerplatz von seiner Fahrbahn ab. Dabei stürzte die beiden von dem Motorrad und wurden gegen die Seitenwand eines entgegenkommenden Straßenbahnwagens geschleudert. Der Mann war sofort tot, seine Frau starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Die beiden Verunglückten, Fridolin Demmler, und seine Ehefrau Inge, aus Gundelfingen, hinterlassen ein vier Monate altes Kind. Die Feststellung der Ursache des Unfalls wird dadurch erschwert, daß keine Zeugen zugegen waren.

Freiburg. Die Wissenschaftliche Gesellschaft zur Förderung der Forschung an der Universität Freiburg kann in diesem Jahr ihr 40jähriges Bestehen feiern. (lsw)

In kochendes Wasser gefallen

Schopfheim (lsw). Mit lebensgefährlichen Verbrühungen wurde ein zweijähriges Mädchen aus Hüdingen, Kreis Lörrach, in das Krankenhaus Schopfheim eingeliefert. Das Kind war beim Spielen rücklings in einen Topf mit kochendem Wasser gefallen, der auf dem Fußboden stand.

Notleidende Schweizer in Deutschland

Lörrach (swk). Die eidgenössische Zentralstelle für Auslandsfragen teilt mit, daß es von allen im Auslande lebenden schweizerischen Staatsangehörigen es denen in Deutschland am schlechtesten gehe. Innerhalb der letzten zwölf Monate seien zur Unterstützung bedürftiger Schweizer in Westdeutschland 37 Tonnen Lebensmittel geliefert worden. Die in der Ostzone lebenden 5000 Schweizer hätten 56 Tonnen Lebensmittel sowie umfangreiche Mengen Textilien und Schuhwerk erhalten.

Todessturz durch eine Falltür

Säckingen (swk). Durch eine Falltür in ihrer Wohnung stürzte eine 76 Jahre alte Greisin in den Keller. Nachbarn, die im Laufe des nächsten Tages nach der Vermissten suchten, fanden sie tot.

Stadtrat gegen Hochrheinschiffahrt

Singen (swk). In einer Sitzung des Schaffhauser Großen Rates wurde betont, daß die Stadt grundsätzlich keine Mittel für eine Förderung der Hochrheinschiffahrt von Basel bis zum Bodensee aufwenden wird. Falls die Schiffbarmachung nicht zu umgehen sei, müsse zur Schonung des Rheinflusses und seiner Umgebung ein Wassertunnel und eine offene Kanalstrecke geschaffen werden.

Knaab durch Starkstrom getötet

Villingen (swk). Ein Knaab im Alter von zehn Jahren spielte in Tennenbronn auf einem Gerät, welches zum Anstreichen eines Hauses aufgestellt worden war. Oben kam das Kind mit der Starkstromleitung in Berührung und wurde auf der Stelle getötet.

Aus den Nachbarländern

An die Speyerer Hochschule berufen
 Speyer (lsw). Dr. jur. Willi Geiger, Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, ist von Ministerpräsident Altmeier zum Honorarprofessor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer ernannt worden. Professor Dr. Geiger wird im Sommersemester Vorlesungen über Verfassungsgerichtsbarkeit und Verwaltungsrecht halten.

Englischer Besuch in Speyer

Speyer (lsw). Eine Gruppe von Angehörigen der Congregationalistischen Kirche Englands ist unter der Führung von Reverend Cyril Blackman, Cambridge, in Speyer eingetroffen, um hier und an anderen Orten der Pfalz in einem zweiwöchigen Aufenthalt einen Einblick in das Leben und die Arbeit der evangelischen Kirche zu gewinnen. Der Delegation gehören 10 Pfarrer, darunter 2 weibliche, und 6 Laien an.

Zugunfall im Bahnhof Grünstadt
 Grünstadt (lsw). 22 Reisende wurden leicht verletzt, als auf dem Bahnhof Grünstadt eine Lokomotive auf einen zur Abfahrt bereitstehenden Personenzug auffuhr. Nach seiner Mitteilung der Eisenbahndirektion Mainz ist der Unfall auf Unachtsamkeit des Lokomotivführers zurückzuführen.

Über 50 Prozent Frauen beschäftigt

Bad Kreuznach (lsw). 51 Prozent der Beschäftigten in der Schuhindustrie und 57 Prozent in der Lederwarenindustrie sind Frauen, wurde auf der ersten Frauenkonferenz der Gewerkschaft Leder in Bad Kreuznach mitgeteilt. In der Lederindustrie betrage der Anteil der Frauen 18 Prozent. Ähnlich sei das Verhältnis in der Handschuh- und in der Rauchwarenindustrie. Damit sei, so wurde betont, die Frau zu einem bestimmenden Faktor in der Lederwirtschaft geworden, und es sei zu erwarten, daß die technische Entwicklung noch mehr Frauen in den Produktionsprozeß dieses Wirtschaftszweiges ziehen werde.

„Räucherwehr“ war erfolgreich

Ahrweiler (lsw). Die auf freiwilliger Basis von Ahrwörtern organisierte „Räucherwehr“ trat erstmalig in diesem Jahr in Aktion und konnte durch ihren Einsatz einen vollen Erfolg erzielen, denn die frostgefährdeten, zarten Triebe der Reben an der Ahr erlitten nach amtlicher Überprüfung keinen Schaden.

Unfug eines US-Soldaten

Kaiserslautern (lsw). Ein betrunkenere amerikanischer Soldat bemächtigte sich in Kaiserslautern auf dem Messegelände einer Zugmaschine und fuhr gegen den Wohnwagen eines Schautellers. Der Wagen wurde schwer beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Alpen wieder im Winterkleid

Friedrichshafen (swk). Die kalte Polarluft, die in den letzten Tagen von Skandinavien kommend in Westdeutschland einströmte, führte in den Alpen oberhalb der 1500-Metergrenze zu um diese Jahreszeit recht seltenen Schneefällen. Der Santsir trägt wieder sein volles Winterkleid.



Blutige Elfersucht im Löwenkäfig

Unter die Franken des fünf Zentner schweren Löwen „Negus“ geriet ein arabischer Dompfer bei einer Probe des Zirkus Krone in Memmingen. „Negus“ ließ seine Wut über die zu den Löwen „Romeo“ verlorene Favoritenstellung innerhalb der Gruppe an dem Dompfer aus, der dabei schwer verletzt wurde. Kurz zuvor war „Negus“ bei einigen Annäherungsversuchen bei den Löwinen „Preciosa“ und „Saida“ abgeblitzt.

AUF SILBERNEN Schwingen

Roman von Anita Hunter

Copyright by Hamann-Meyerpress
 durch Verlag v. Graberg & Görg, Wiesbaden
 (8. Fortsetzung)

Und dann würde er vielleicht noch einmal ihre Hand küssen, die innere Handfläche, mit dieser seltsamen zärtlichen Bewegung, die noch jetzt, wenn sie daran dachte, ihr Herz höher schlagen ließ. Sei nicht sentimental, Sheila, schalt sie sich, während sie sich mit dem rauhen Badetuch abrieb. Aber schließlich war sie ja auch nur eine Frau, ein junges Mädchen von 24 Jahren — und Senor de Alveirez hatte sie an Reggie erinnert. Es klopfte an der Tür, als Sheila eben in ihr schwarzes Kostüm schlüpfte und die Knöpfe der weißen Seidenbluse schloß. „Ja, was ist?“ Eine ihrer Kameradinnen steckte den Kopf herein. „Ich soll Ihnen bestellen, Sheila, daß draußen ein Wagen auf Sie wartet, der Sie nach Hause bringen soll. Eine flotte Geste der Fluges — schaff, aber Sie haben sie redlich verdient, Sheila. Sie müssen wirklich nicht all dem Erlebten todmüde sein.“ Sheila nickte dankbar. Sie sehnte sich nach kleinen Wohnung. Nach Ruhe und Entspannung. Sie zog die kleine dunkle Baskenmütze aus dem Schrank, die sie mit dem blitzenden Metallgriffe ein wenig schief, Vergewisserte sich noch einmal, ob auch die rote Safflanmappe in ihrem Suitcase lag und ging dann schnell zu dem Nebenausgang, wo der Wagen warten sollte. „Hallo, Sheila!“ Also noch einmal ein Aufenthalt. Aber in diesem Fall konnte sie wirklich nicht unhöflich sein. Es war nämlich Stonewell. Und zu einem Mann, der vor noch nicht 24 Stunden einem das Leben gerettet hatte, konnte man beim besten Willen nicht unhöflich sein, selbst wenn man sein Wesen ein klein wenig zu aggressiv fand.

„Miss Sheila, Sie vergessen doch nicht, daß ich den morgigen Abend zu Gute habe, nicht wahr?“ Sein berbes, kantiges Gesicht sah sie erwartungsvoll an. Sie nickte, aber in ihrem Blick lag ein wenig Abwehr.

Hendrik William Stonewell merkte dies wohl, und sein Herz zog sich schmerzhaft zusammen. Aber was konnte er anders erwarten? Sheila kannte ihn ja gar nicht weiter, sie ahnte ja nicht, daß er sich immer in Gedanken mit ihr beschäftigt hatte. Sie mußte ja meinen, daß es ein wenig sonderbar war, daß er sie so ohne weiteres bat, mit ihm auszugehen.

„Miss Garner, ich möchte Ihnen nur ein wenig Freude machen“, sagte er. Sie lächelte dankbar zu ihm auf, dann streckte sie ihm die Hand hin. Er war wirklich ein prachtvoller Mensch und hatte verdient, daß sie nett zu ihm war. „Ich freue mich auf morgen“, sagte sie mit ihrer weichen Stimme. „Darf ich Sie nach Hause fahren, ich habe nämlich meinen Wagen hier.“

„Nein, danke, ich werde nach Hause gebracht!“ Er sah ihr nach, wie sie mit schnellen, geschmeidigen Schritten auf das Tor zuzog. Das silberblonde Haar lag in weichen Wellen um ihren Kopf. Man sollte nicht glauben, wieviel Energie in diesem zarten jungen Mädchen mit den schmalen Schultern und dem träumenden Blick steckte. Ein Chauffeur in schwarzer Uniform, mit einer Schirmmütze auf dem Kopf, trat auf sie zu. „Bitte, Miss Garner, hier ist der Wagen. Wohin darf ich Sie bringen?“ Sheila blickte erstaunt auf. Sie hatte ein Taxi erwartet, aber dies schien ein Privatwagen zu sein. Na, wahrscheinlich hatte die Air-Linie diesen Wagen für bestimmte Zwecke. Auf jeden Fall fand sie es sehr aufmerksam, daß man sie nach Hause fahren ließ, und sie nicht auf die überfüllten Autobusse angewiesen war. Der Chauffeur wandte sich noch einmal um: „Wir müssen einen kleinen Umweg fahren, denn in der Lincoln Avenue ist ein Kabel gesprungen.“ Sheila nickte, sie schloß die Augen. Lautlos glitt das Auto dahin. Plötzlich fuhr Sheila auf. Sie waren nun schon eine ganze Weile gefahren. Sie müßten längst schon zu Hause sein. Aber als Sheila hinausblickte, erkannte

die Straßen nicht, sie waren in einer Gegend, wo sie noch nie gewesen war.

Sie klopfte an die Scheibe, jedoch der Chauffeur wandte sich nicht um. Im gleichen Moment wurde Sheila hellwach. Sie hatte instinktiv das Gefühl, daß irgend etwas nicht stimmte, daß dieser Chauffeur sie überhaupt nicht nach Hause fuhr, sondern daß das Ganze eine Falle war. Die kleine rote Safflanmappe fiel ihr ein und die Worte, die de Alveirez ihr noch ganz zuletzt zugeflüstert hatte: Passen Sie auf, Sheila, nehmen Sie sich in acht, vertrauen Sie keinem!

De Alveirez hatte also gewußt, daß ihr Gefähr drohen konnte. Der Wagen hatte jetzt die Vorstadt verlassen und jagte auf der Landstraße dahin. Sheila überlegte feberhaft. Was sollte sie tun? Sie hatte keinerlei Möglichkeit, Hilfe herbeizurufen. Wieder klopfte sie an die Scheibe. Nun wandte der Chauffeur den Kopf und lachte sie an. Es war ein spöttisches Lächeln, so als wollte er sagen: Klopfe nur, es hilft dir nichts! Sie betrachtete den Mann genau. Eine kleine, dreieckige Narbe saß im Nacken, dicht unter dem Haaransatz — sonst sah dieser Mann aus wie tausend andere. Sie konnte der Polizei in keiner Weise eine Beschreibung geben. In der Ferne tauchte ein Motorrad mit einem Polizeibeamten auf. Einen Moment lang schöpfte Sheila Hoffnung. Sollte sie ihn heranwinken — aber er würde sie gar nicht bemerken. Der Wagen fuhr in der vorgeschriebenen Geschwindigkeit. Der Polizist hatte keinerlei Grund, ihn anzuhalten. Und schon war er vorüber und verschwand in einer Staubwolke. Sheila merkte, daß die Fensterscheiben keine Kurbeln hatten, daß man sie nicht herablassen konnte. Sie war gefangen, wie in einer Zelle — wenn es auch eine komfortable Zelle war.

In diesem Moment bog der Wagen in eine Seitenallee ein. Ansehend ein Privatweg. Ein großes weißes Haus, umgeben von einem Garten, tauchte auf. Es sah vornehm und stilvoll aus — keineswegs wie der Unterschluß einer Gangsterbande. Als der Wagen hielt, stieg der Chauffeur aus und öffnete die Tür. „Ich steige nicht aus“, sagte Sheila

entschlossen, „wo sind wir denn überhaupt?“ „Steigen Sie aus, Miss Garner“, befahl der Chauffeur. Diesmal war seine Stimme ganz anders als auf dem Flugplatz. Sie war kalt und unhöflich, die kleinen, grauen, stechenden Augen sahen Sheila suggestierend an. Sheila drückte ihr Suitcase an sich. Sie war entschlossen, sich bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen — aber sie hatte natürlich keine Ahnung wie. „Wird es bald?“ fragte der Mann drohend. „Nein“, sagte Sheila. Zwei Arme umklammerten sie, hoben sie wie eine Feder auf und trugen sie die paar Stufen der Treppe hinauf. „Je weniger Sie sich anstellen, Miss Garner, desto besser für Sie! Wir wollen nicht Böses von Ihnen — Sie können in zehn Minuten wieder zurückfahren ... oder laufen“, fügte er ironisch lächelnd hinzu, als Sheila heftig den Kopf schüttelte.

IV.

„Ja, und Sie haben nicht die geringste Ahnung, wo dieses Haus liegt Sheila?“ fragte Hendrik William Stonewell nun schon zum dritten Mal und zum dritten Mal schüttelte Sheila den Kopf. „Nein, ich weiß es nicht! Ich habe keine Ahnung, in welcher Richtung wir vom Flugplatz aus gefahren sind, und es war dunkel, als man mich bis an die Ecke der 49. Street zurückbrachte! Ich weiß nichts — ich weiß nur das eine: die Papiere sind fort!“ Stonewell strich beruhigend über Sheilas Hand. Sie saßen in einem kleinen, stillen Restaurant in der Nähe der Rivertonroad. Tiefe Schatten lagen unter Sheilas goldbraunen Augen. Ihr weicher, sensibler Mund zuckte nervös. „Es ging alles so schnell, ich war so unvorbereitet. Gewalt haben die Leute nicht angewendet — im Gegenteil, sie waren außerordentlich höflich zu mir. Bitte, Miss Garner, geben Sie mir die Mappe, die Ihnen Senor de Alveirez übergeben hat ...“ Das war alles. Als ich mich weigerte, sagte der eine der beiden Männer, die mit mir verhandelten: Ich würde Ihnen raten vernünftig zu sein!“ — „Und dann?“

(Fortsetzung folgt)